

Büroh

Lufthansa-Chef **Carsten Spohr** verpasst der deutschen Fluggesellschaft ein neues Logo. Der blaue Kranich auf gelbem Grund (genannt das Spiegelei) weicht einem **weisen Kranich** auf blauem Grund. Der Kranich, der dieses Jahr 100 wird, komme so dynamischer und leichter daher, begründet der Chefdesigner die Änderung. Bis alle rund 270 Flugzeuge umgemalt sind, soll es sieben Jahre dauern. Der Teufel steckt jedoch im Detail: Allein an Bord einer Boeing 747-8 ist das Symbol rund 45000-mal vorhanden.



Das Berufsnetzwerk LinkedIn taugt auch zu Werbezwecken – etwa für Haartransplantationen. Das beweist **Raoul Stoehler**, Sohn und Nachfolger des prominenten PR-Beraters **Klaus J. Stoehler**. Er teilte ein Video auf LinkedIn, das ihn beim Chirurgen zeigt, der ihm zu neuer Haarfülle verhilft. «Wir werden die Haare zuerst hinten rausnehmen und dann vorne einsetzen», berichtet der Chirurg. Bis zu acht Stunden dauere die Prozedur. Das Video zum Glück nur zwei Minuten.

Norbert Walter-Borjans (Foto) war der Schreck der Schweizer Banken. Als Finanzminister in Nordrhein-Westfalen liess der SPDler mehrere CDs mit Steuerdaten kaufen. Jetzt, wo Bürgerliche regieren, weht ein anderer Wind. In einem Streitgespräch mit Walter-Borjans in «Die Zeit» sagt FDP-Politiker **Wolfgang Kubicki**: «Ich glaube nicht, dass der Staat zum Hehler werden sollte.» Das Gebaren von Walter-Borjans habe wenig zu herzlichen Beziehungen mit der Schweiz beigetragen. Das erlebte Kubicki bei Besuchen hierzulande offenbar persönlich. «Plötzlich wurde man als Deutscher als Imperator gesehen.»



Dicke Post von Novartis an den Staatspräsidenten

Konzernchef Jimenez interveniert im Streit mit Kolumbien an höchster Stelle

Basel Kolumbien ist zu einem zentralen Schlachtfeld um den Patentschutz von Medikamenten geworden. Hierbei wehrt sich Novartis gegen eine staatlich verordnete Preissenkung für das Leukämie-Mittel Glivec in dem südamerikanischen Land. Der Streit läuft seit Jahren und hat internationalen Signalcharakter.

In der Auseinandersetzung hat Novartis schweres Geschütz aufgeföhren. So schrieb der damalige Novartis-Chef Joseph Jimenez im Juni 2016 sogar persönlich dem kolumbianischen Staatspräsidenten Juan Manuel Santos einen Brief, welcher der Sonntagszeitung vorliegt. «Ich bin sehr besorgt, dass die Tatsache, dass wir keine Einigung erzielen konnten, signifikante Folgen für Patienten in Kolumbien, der Welt und auch für Kolumbiens Wirtschaft haben wird», heisst es darin. Das Land drohe, seine Reputation als Rechtsstaat zu verspielen.

Die kolumbianische Regierung wird bei ihrem Vorgehen von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen wie der Schweizer Public Eye unterstützt. Novartis dagegen kann auf politische Rückendeckung der Schweizer und sogar der US-Regierung zählen.

Public Eye verurteilt das Powerplay von Jimenez. «Unserer Ansicht nach ist es nicht legitim, dass der Chef eines Weltkonzerns mit einer persönlichen Intervention versucht, die souveräne gesundheitspolitische Entscheidung eines Staates zu beeinflussen», sagt Mediensprecher Oliver Claasen. Novartis entgegnet, dass der Konzern «eine aktive Rolle» bei gesundheitspolitisch relevanten Diskussionen spielen wolle. Public Eye vermutet, dass Jimenez' Brief nicht ohne Wirkung geblieben ist. So verordnete die kolumbianische Regierung Ende 2016 zwar für Glivec eine Preissenkung um 44 Prozent. Die zuvor ausgesprochene Erklärung des öffentlichen Interesses für Glivec hätte indes auch die Erteilung einer Zwangslizenz ermöglicht, also der Produktion von billigeren Nachahmermitteln. Novartis hat dennoch eine Nichtigkeitsklage gegen die Regierungsentscheidung eingereicht. Wann eine Anhörung hierzu stattfindet, ist offen. Ein Ende des Streits ist nicht in Sicht.

Holger Alich



Hans-Jürgen Maurus

Zürich Die Zahlen sind alarmierend. Auf rund 500 Milliarden US-Dollar belaufen sich die Schäden durch weltweite Cyber-Attacken jährlich, sagte WEF-Direktor Alois Zwinggi in Davos. Er stellte dort ein neues globales Zentrum für Cybersicherheit vor. Und zählt Hackerangriffe zu den dringlichsten Problemen unserer Zeit.

Pro Firma oder Organisation verursachten Cyberkriminelle 2017 global Kosten von 11,7 Millionen Dollar, schätzt die US-Beratungsgesellschaft Accenture. 2016 lag der Wert noch rund ein Viertel tiefer. Dass der Schaden auch ein Vielfaches höher sein kann, zeigt der Fall Moller Maersk.

Die grösste Containerschiffsreederei der Welt mit Sitz in Dänemark wurde im Juni 2017 von Hackern angegriffen. Man habe ihn nach der Attacke um 4 Uhr früh aus dem Bett geholt, berichtete Verwaltungsratspräsident Jim Snabe in Davos. Mithilfe der Verschlüsselungssoftware Notpetya hatten Unbekannte die gesamte IT des Konzerns lahmgelegt. Maersk musste laut Snabe 4000 Server, 45 000 Computer und 2500 Programme austauschen. «Wir waren zehn Tage komplett offline», so Snabe, «erlitten Umsatzeinbussen von 20 Prozent und mussten die restlichen 80 Prozent unseres Geschäfts von Hand abwickeln.»

Den Schaden beziffert der Konzern mittlerweile auf 250 bis 300 Millionen Dollar. Das sei ein wichtiger Weckruf für ihn gewesen, so das Fazit des Maersk-Topmanagers Snabe, der einen staatlichen Drahtzieher hinter der Attacke vermutet. Er forderte eine radikale Verbesserung der IT-Strukturen.

Die gravierenden Folgen einer massiven Cyber-Attacke wurden

2017 auch mit dem Erpressertrojaner Wannacry deutlich, der 200 000 Computer in 150 Ländern lahmlegte. Rund 80 Krankenhäuser in Grossbritannien, aber auch die Deutsche Bahn waren betroffen. US-Experten machen Nordkorea für den schweren Angriff verantwortlich. Die Hacker hatten eine Schwachstelle im Betriebssystem Windows XP ausgenutzt, für das Microsoft keine Updates mehr anbot. Der US-Konzern hat das nach der Attacke nachgeholt.

Die meisten Schweizer KMU schützen sich nicht richtig

Auch für Schweizer Unternehmen zählen Cyber-Angriffe zum Alltag. Das ergab eine Studie der Unternehmensberatung KPMG von 2017, bei der 60 einheimische Firmen befragt wurden. 88 Prozent von ihnen gaben an, in den letzten zwölf Monaten Opfer von Attacken geworden zu sein – eine Zunahme im Vergleich zum Vorjahr um satte 34 Prozent.

Mehr als die Hälfte der betroffenen Firmen musste die Geschäftstätigkeit unterbrechen, bei 36 Prozent entstand ein finanzieller Schaden. Immerhin räumten 81 Prozent der Firmen ein grösseres Risikobewusstsein ein. Andererseits ziehen nur 11 Prozent der Firmen Spezialisten für Cybersicherheit zurate.

Bereits 2016 stellte die Zurich Versicherung in einer Umfrage fest, dass Schweizer KMU schlecht für Cyber-Angriffe gerüstet sind. Lediglich 2,5 Prozent der befragten Firmen haben ausreichende Schutzmassnahmen. Aufgerechnet auf alle Schweizer KMU heisst das: 548 000 haben keinen ausreichenden Schutz. Zu einem ähnlichen Schluss kommt der Rückversicherungsgigant Swiss Re in einer Studie: Die meisten Firmen seien schlecht auf Krisen vorbereitet.

4000 kaputte Server, 300 Millionen Dollar Verlust

Eine Cyber-Attacke richtete bei der Reederei Maersk grosse Schäden an. Schweizer Versicherer hingegen sehen ein neues Geschäftsfeld